

Leitbild

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wurde 1919 angesichts Millionen gefallener Soldaten des Ersten Weltkrieges aus der Gesellschaft heraus gegründet. Heute wird er von einem breiten überparteilichen Engagement getragen.

Wir stellen uns der deutschen Geschichte: Im Ersten Weltkrieg mit seinen Folgen lag der Ursprung einer Epoche exzessiver Gewalt und totalitärer Diktaturen, die im Zweiten Weltkrieg einen historischen Höhepunkt fand. Dieser Angriffskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands forderte Millionen Opfer, Soldaten und Zivilisten, und war Voraussetzung für beispiellose Verbrechen bis hin zum Völkermord an den europäischen Juden. Damit stellt sich auch die Frage der persönlichen Verantwortung unter den Bedingungen von Diktatur und Krieg. Pauschale Schuldzuweisungen verbieten sich: Die Meisten kämpften im Bewusstsein, ihre nationale Pflicht zu erfüllen. Viele machten sich schuldig. Andere konnten sich entziehen. Wenige leisteten Widerstand.

Mit dem festen Willen, die Erinnerung an Krieg und Gewaltherrschaft wachzuhalten, Verständigung, Versöhnung und Frieden unter den Menschen und Völkern zu fördern und für Freiheit und Demokratie einzutreten, hat sich der Volksbund auf der Grundlage seiner Satzung dieses Leitbild gegeben.

GRUNDSÄTZE

Kriegsgräberfürsorge umfasst die Sorge um die Gräber aller Toten von Krieg und Gewaltherrschaft, Soldaten wie Zivilisten, das öffentliche erinnern, Gedenken und Mahnen für den Frieden sowie die auf Friedensfähigkeit und Verständigungsbereitschaft zielende Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit.

Sie geschieht auf der Grundlage des humanitären Völkerrechts und aus der Perspektive der im Grundgesetz und der europäischen Grundrechtecharta verankerten Werte. Kriegsgräberfürsorge steht immer in internationalem Kontext.

Wir trauern um die Millionen Toten und nehmen Anteil am Leid aller Menschen, die unter den Folgen von Krieg und Gewaltherrschaften leiden.

AUFGABEN

Kriegsgräber

- Kriegstote haben aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen ein dauerndes Ruherecht.
- Im staatlichen Auftrag erhalten, errichten und pflegen wir die deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland.
- Wir unterstützen die Träger der Kriegsgräberstätten im Inland und sind bereit, hier zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.
- Wir suchen nach den noch nicht geborgenen deutschen Kriegstoten, bestatten sie würdig und versuchen, ihnen ihre Namen zurückzugeben. Wir informieren und begleiten ihre Angehörigen.
- Die Kriegsgräberstätten im In- und Ausland entwickeln wir als Orte des öffentlichen Gedenkens, der Erinnerung, der Begegnung und des Lernens weiter.

Erinnern und Gedenken

- Wir gestalten öffentliches Gedenken an die Toten von Krieg und Gewaltherrschaft. Darüber hinaus unterstützen wir das würdige Andenken an alle, die im Dienst der Bundesrepublik Deutschland in Auslandseinsätzen das Leben verloren haben.
- Den Volkstrauertag begehen wir als den Gedenktag für alle Toten von Krieg und Gewaltherrschaft und entwickeln ihn in Form und Inhalt weiter. Wir bringen an diesem Tag unsere Verantwortung für Frieden in Recht und Freiheit zum Ausdruck.
- Wir suchen nach Wegen dialogischen Erinnerns. So wollen wir die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Erinnerungskulturen unserer europäischen Nachbarn kennenlernen und verstehen, Gemeinsames benennen und Verschiedenheit respektieren.

- Insbesondere fördern wir die Verständigung zwischen Menschen aus ehemals verfeindeten Ländern an den Kriegsgräbern. Dabei erfahren wir seit Langem vielfach Versöhnung. Die internationale Arbeit verstehen wir auch künftig als Beitrag zu Frieden und Integration in Europa.

Jugend und Bildung

- Wir fördern Begegnung und historisch-politische Bildung an Kriegsgräberstätten. In unseren Workcamps, Begegnungs- und Bildungsstätten sowie vielfältigen Projekten im In- und Ausland regen wir zur Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Ereignissen an. Hier-bei sind die Schulen und Träger politischer Bildung wichtige Partner.
- In unserer Bildungsarbeit vermitteln wir die Werte von Menschenrechten, Demokratie und Frieden und setzen uns mit Extremismus, Nationalismus, Rassismus und willkürlicher Gewalt auseinander.
- Wir tragen dazu bei, dass junge Menschen erinnern und Gedenken selbstständig gestalten. Sie erhalten Raum für verantwortliche Mitwirkung. Dies ist eine Voraussetzung für die Kriegsgräberfürsorge der Zukunft.

ORGANISATION

Der Volksbund nimmt seine Aufgaben auf Bundes- und Länderebene wahr. Aufgrund unserer föderalen Struktur finden wir in der Fläche Partner und stehen den Menschen vor Ort zur Verfügung.

Wir setzen auf die Unterstützung und das ehrenamtliche Engagement aller Bevölkerungs- und Altersgruppen. Wir fördern Partizipation und Eigenverantwortung in der Organisation, insbesondere in der Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern.

Wir kooperieren bundesweit und international mit anderen Akteuren und Einrichtungen der Erinnerungs- und Gedenkkultur, mit der Bundeswehr, den Reservisten und Verbänden der Traditionspflege, mit Bildungsträgern, Kirchen und Religionsgemeinschaften, mit Parteien, Vereinen und Gewerkschaften, mit staatlichen und kommunalen Stellen.

Stand 23.09.2016
(Angenommen vom Bundesvertretertag)

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. [...] Gerade deshalb müssen wir verstehen, dass es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann.“

(Richard von Weizsäcker, Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, 8. Mai 1985)

26

Fragen und Antworten zum Leitbild des Volksbundes

1 Was ist ein Leitbild?

Nach allgemeinem Verständnis ist ein Leitbild die Erklärung einer Organisation über ihr Selbstverständnis und ihre Grundprinzipien. Es formuliert Schwerpunktsetzungen für die aktuelle und künftige Arbeit. Nach innen soll ein Leitbild Orientierung geben und somit handlungsleitend und motivierend für die Organisation als Ganzes sowie auf die einzelnen Mitglieder wirken. Nach außen soll es deutlich machen, wofür eine Organisation steht.

2 Warum braucht der Volksbund jetzt ein Leitbild?

Der Volksbund wandelt sich, er muss sich wandeln. Die Zahl der direkt betroffenen Angehörigen, auch der Toten des Zweiten Weltkrieges, nimmt stark ab, damit auch die Zahl der vor allem familiär motivierten Mitglieder und Spender. Der Bekanntheitsgrad des Volksbundes sinkt. Für jüngere Menschen wird der Volksbund mit seiner Arbeit – wenn sie diese überhaupt kennen – zunehmend erklärungsbedürftiger. Dies gilt auch für die Vertreter wichtiger Institutionen und Organisationen bis hin zur Politik.

3 Wer bestimmt, was in diesem Leitbild steht?

Eine vom Präsidenten berufene Arbeitsgruppe aus ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern hat nach Auswertung des seit 2010 vorangegangenen Reformentwicklungsprozesses („Strategie-Arbeitsgruppe Hannemann“) im Jahr 2014 einen Entwurf für das Leitbild erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Der Inhalt des Leitbildes wurde da-

nach in einem umfangreichen Prozess unter Beteiligung der Verbandsgremien (Bundesvorstand, Bundespräsidium), der Landesverbände, der Vertreter der Jugend im Volksbund (Bundesjugendausschuss, Bundesjugendarbeitskreis), zahlreicher ehren- und hauptamtlicher Mitarbeiter und von interessierten Volksbundmitgliedern diskutiert und weiterentwickelt. Der Prozess ist nun mit der Verabschiedung durch den Bundesvertretertag abgeschlossen. Von Anfang an waren auch Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kirchen und Bundeswehr in die teils interne, teils öffentliche Diskussion einbezogen und haben wertvolle Impulse geliefert.

4 In welchem Verhältnis steht das Leitbild zur Satzung des Volksbundes, löst es diese vielleicht ab?

Das Leitbild ersetzt nicht die Satzung. Das Leitbild ergänzt im gewissen Sinne die von ihren Zielen her relativ allgemein und breit angelegte Satzung und gibt Orientierung für die künftige Schwerpunktsetzung der praktischen Arbeit des Volksbundes.

5 Was bedeutet es für die praktische Kriegsgräberfürsorge, wenn sie als Teil einer Gedenkkultur begriffen werden soll?

Die „praktischen Aufgaben“ der Kriegsgräberfürsorge – die Suche nach Kriegstoten, ihre Identifizierung und würdige Bestattung, die Information und Betreuung der Angehörigen sowie Bau, Erhaltung und Pflege der Friedhöfe – werden unvermindert fortgesetzt. Dies bleibt die zentrale Aufgabe des Volksbundes.

Die Zahl der Umbettungen etwa wird sich nach wie vor nach den praktischen Möglichkeiten richten, in den Ländern Osteuropas zu arbeiten und die Toten trotz aller Bemühungen überhaupt noch zu finden. Die Erhaltung und Pflege der bestehenden Kriegsgräberstätten kann überhaupt nicht eingeschränkt werden.

Die Kriegsgräberstätten waren immer schon Orte persönlicher Trauer und gemeinsamer Erinnerung, eindrucksvoller Mahnung und durch die vom

Volksbund seit den 1950er Jahren organisierten Jugendbegegnungen auch Orte der Versöhnung. Mit zunehmendem Abstand zu den Weltkriegen verlieren sie die Funktion als Orte persönlicher Trauer. Sie werden aber immer bedeutender als Erinnerungszeichen, die zum Lernen aus der Geschichte auffordern. Die Gräber von Millionen Kriegstoten drohen in Vergessenheit zu geraten, sollten aber nach unserer Überzeugung eine bedeutende Funktion in der öffentlichen Gedenkkultur haben – dies gilt es künftig stärker zu betonen.

6 **Treten Erinnerungs- und Friedensarbeit an die Stelle der praktischen Gräberfürsorge?**

Es ist ganz anders: Die Erinnerungs- und Friedensarbeit des Volksbundes ist undenkbar ohne Bezug auf die Kriegsgräberstätten!

Die schon früher von manchen angezweifelte Notwendigkeit der dauerhaften Erhaltung der Kriegsgräberfürsorge wird künftig – wenn keine trauernden Angehörigen mehr da sein werden – stärker damit begründet werden, dass gerade die Kriegsgräber Ausgangspunkt einer intensiven und überzeugenden Erinnerungs- und Friedensarbeit sein können.

7 **Wieso taucht im ersten Entwurf des Leitbildes das Wort „Soldat“ überhaupt nicht auf?**

Auf sehr vielen vom Volksbund gepflegten Kriegsgräberstätten sind nicht nur Soldaten bestattet, sondern auch Zivilpersonen, die dem Krieg zum Opfer fielen. Das Wort „Kriegsgräberstätte“ – verwendet statt „Soldatenfriedhof“ – trägt diesem Umstand Rechnung. Schon im Zweiten Weltkrieg verloren mehr Zivilpersonen als Soldaten das Leben. Die Vielfalt der Opfergruppen verlangt nach einem umfassenderen Begriff.

Aus diesem Grunde heißen wir auch Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Da die Diskussion um den Leitbildentwurf jedoch gezeigt hat, dass der Wunsch sehr stark ist, Soldaten darüber hinaus noch explizit zu nennen, wurde das berücksichtigt.

8 **Bezieht der Volksbund die Formulierungen im Leitbild eigentlich nur auf den Zweiten Weltkrieg?**

Die Formulierungen im Leitbild beziehen sich generell auf die Kriege und die Toten auf den Friedhöfen, für die der Volksbund verantwortlich ist (also auch die Toten des deutsch-französischen Krieges 1870/71). Die auf eine Resolution des Bundestages gestützte Formulierung zum „Angriffs- und Vernichtungskrieg“ bezieht sich in der Tat nur auf den Zweiten Weltkrieg.

Bei der Überarbeitung des Leitbildes wurde hier mehr Klarheit geschaffen.

9 **Ist die Frage nach historischer Schuld nicht immer umstritten und verhindern Schuldzuweisungen nicht die Versöhnung über den Gräbern?**

Ja, eine glaubwürdige Arbeit für Versöhnung, Verständigung und Frieden muss auf gegenseitige Aufrechnung von Taten und Verantwortlichkeiten verzichten. Insofern sind Schuldzuweisungen an andere tatsächlich schädlich. Ein eigenes Schuldanerkennen, wie es zum Beispiel die Evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg in Stuttgart abgelegt hat, ist aber das Gegenteil einer Schuldzuweisung an andere. Es erklärt vielmehr, dass die Schuld – oder besser: Verantwortung – des eigenen Landes an den Kriegen und Gewalttaten von uns selbst erkannt und anerkannt wird. Die ehrliche Auseinandersetzung damit ist die notwendige Basis unserer Versöhnungs- und Friedensarbeit.

10 **Darf der deutschen Kriegstoten, insbesondere der Soldaten des Zweiten Weltkrieges, nur noch gedacht, aber dürfen sie nicht mehr geehrt werden?**

Im Entwurf des Leitbildes findet sich die Formel „Gedenken ohne zu ehren“ überhaupt nicht. Sie stammt aus dem Bericht über eine 2015 unabhängig von der Leitbilddiskussion organisierte Veranstaltung. Dies hat zu einer Vermischung der Aussagen

und zu dem Missverständnis geführt, jedem ehren- den Gedenken solle eine Absage erteilt werden.

Das Leitbild verwendet bewusst nicht den Begriff Totenehrung, sondern spricht von Gedenken. So macht es auch der Bundespräsident in seinem Totengedenken am Volkstrauertag, so steht es seit vielen Jahren in der Präambel der Satzung des Volksbundes.

Dies liegt daran, dass der Begriff „Ehre“ vielschichtig ist und im Sprachgebrauch verschiedener Länder anders benutzt wird als im Deutschen. „Ehren“ heißt hier „Anerkennen“ oder „Würdigen“ des Einsatzes der Soldaten für ihr Land bis zu ihrem eigenen Tod. Sie sollen jedoch dafür nicht unkritisch „verehrt“ werden. Die Vorstellung vom „Tod auf dem Feld der Ehre“ ist überholt.

Ein geeigneterer Begriff als „Ehre“ ist in diesem Zusammenhang „Würde“. „Würde“ kann man, unserem Grundgesetz folgend, keinem Menschen absprechen. Und dies gilt auch für die Toten. Geeigneter als „Ehrung“ ist „Gedenken“. Der Begriff „Gedenken“ unterliegt anders als „Ehren“ oder „Ehrung“ keiner Verwechslungsmöglichkeit. „Gedenken“ umfasst auch die Beschäftigung mit den Motiven, den Möglichkeiten, den Handlungen, ja der Persönlichkeit des Toten. Das „Gedenken“ an ihn ist ganzheitlich – „Ehren“, „Ehrung“ reduziert ihn auf seinen Einsatz zum Beispiel als Soldat und blendet einen großen Teil der tatsächlichen Komplexität seines Lebens und Sterbens aus.

11 Zählen deutsche Tote nicht als Opfer? Ist der gefallene Soldat nicht immer, überall und allein schon deswegen zu ehren, weil er im Glauben an eine gute Sache sein Leben geopfert hat?

Der Volksbund wird niemandem – nachträglich – absprechen, dass er im Glauben an eine gute Sache im Krieg sein Leben geopfert hat. Er ist dennoch nicht allein deswegen zu „ehren“. Die Überlegung, was der Soldat gedacht und geglaubt hat, was er – auch von Verbrechen der eigenen Seite – wusste und wissen konnte, ist Teil des Gedenkens an ihn. Viele, Soldaten wie Zivilpersonen, sind allerdings

auch Opfer eines Geschehens geworden, das sie selbst durch Tun oder Unterlassen mit verursacht haben. Die Berücksichtigung eigener Anteile am Geschehen geht über einen Begriff hinaus, der Menschen nur als hilflose „Spielbälle“ übermächtigen, schicksalhaften Geschehens betrachtet.

12 Verliert ein einzelner Mensch, der gegen seinen eigenen Willen dazu gezwungen wurde, persönlich große Opfer zu bringen, damit seine Ehre?

Einem Menschen, der gegen seinen Willen gezwungen wurde, persönlich große Opfer zu bringen, kann selbstverständlich nicht nachträglich seine Ehre und Würde abgesprochen werden.

Auch einem Menschen, der gegen seinen Willen gezwungen wurde, an Verbrechen mitzuwirken, kann nicht nachträglich seine Würde abgesprochen werden. Dennoch wird sich in seinem Fall immer die Frage stellen, ob es für sein Handeln gangbare Alternativen gab.

13 Werden die Toten künftig nach politischen, moralischen oder weltanschaulichen Kriterien sortiert und wird ihrer dann entsprechend selektiv gedacht?

Nein. Dazu gäbe es ohnehin keine wissenschaftlich anerkannten und menschlich angemessenen Verfahren. Eine pauschale Verurteilung nach dem Tod wäre diffamierend. Zu den meisten Toten können wir keine Aussage über ihr persönliches Verhalten treffen – wir wissen es schlichtweg nicht.

14 Sollen alle deutsche Soldaten als „Täter“ gekennzeichnet werden?

Nein. Solche unzulässig vereinfachenden Vorwürfe sind absurd. Sie werden mit polemischer Absicht besonders von Menschen oder Organisationen mit rechtsextremem Hintergrund gebraucht, von denen sich der Volksbund nachdrücklich distanziert. In dem der Volksbund sich differenziert mit der Rolle und dem sehr unterschiedlichen Handeln

deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg beschäftigt und Einzelbiografien ins Zentrum seiner Bildungsarbeit rückt, wird ja gerade Tendenzen entgegengewirkt, deutsche Soldaten pauschal als Täter zu bewerten.

15 Wird der Volksbund jetzt eine politische Organisation, die zwar über Krieg, Gewalt, Schuld, Geschichte und Moral diskutiert, aber nicht mehr für die Kriegsgräberpflege sammelt?

Der Volksbund hat mit hunderttausenden von Förderern in der deutschen Gesellschaft eine wichtige Stimme, er arbeitet im Ausland und unterhält dort Kontakte vielfältiger Art. Damit ist er schon seit langem eine national wie international politisch wirkende und wirksame Organisation. Er enthält sich jedoch der Parteipolitik und wird dies auch künftig tun.

Im Rahmen vor allem der Jugend- und Bildungsarbeit mit jungen Menschen wird im Volksbund schon seit mehr als sechs Jahrzehnten über Fragen von Krieg und Gewalt, Schuld, Geschichte und Moral gesprochen, geforscht, gelernt und gestritten. Dies ist also überhaupt nicht neu!

Parallel dazu sind immer die Aufgaben der Pflege des Kriegsgrabes und der Betreuung der Angehörigen geleistet worden. Der Volksbund will nicht zu „Firma mit Staatsauftrag“ werden, sondern weiterhin als gemeinnütziger, politisch unabhängiger Verein mit großem gesellschaftlichem Rückhalt in der Bevölkerung wirken. Deshalb wird er auch künftig intensiv um die freiwillige Unterstützung aus der Bevölkerung werben!

16 Wird der deutsche Volksbund zu einer Institution, die sich – zumindest im Gedenken – der Opfer aller Kriege und Gewaltherrschaften und auf der ganzen Welt annimmt?

Der Volksbund kümmert sich gemäß seinem vom deutschen Staat verliehenen Auftrag um die Gräber der deutschen Kriegstoten. Er gedenkt aber

nicht nur dieser Toten auf den von ihm gepflegten Kriegsgräberstätten, sondern gemäß dem deutschen Totengedenken aller Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaften. Das Gedenken an deutsche Kriegstote muss das Gedenken an die Gefallenen der ehemaligen Kriegsgegner und die Opfer deutscher Verbrechen einbeziehen.

Er gedenkt auch der Toten der Konflikte und Kriege unserer Tage, auf der ganzen Welt. Eine glaubwürdige Mahnung zum Frieden kann sich nicht darin erschöpfen, dass nur auf die Gräber der Weltkriege hingewiesen wird.

17 Gehen die Mittel des Volksbundes in der Zukunft schwerpunktmäßig in die Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit?

Nein. Ein sehr viel größerer Anteil wird auch künftig für die umfangreichen Aufgaben der Kriegsgräberpflege und Schicksalsklärung benötigt werden. Zwar werden nur noch wenige Friedhöfe neu anzulegen sein (mit Schwerpunkt in Südosteuropa), aber die vorhandenen Anlagen müssen weiterhin erhalten und gepflegt werden.

Außerdem stellen sich große, bisher nicht überzeugend gelöste Fragen wie vor allem die einer angemessenen Lösung für die Millionen Kriegsgefangenen, Internierten und Vermissten, die bisher keine würdigen Gräber erhalten haben. Dieses Defizit müssen wir korrigieren und uns der zusätzlichen Aufgabe zuwenden. Allerdings wird dies nicht ohne staatliche Unterstützung möglich sein.

18 Unterwirft sich der Volksbund von außen kommenden Ansprüchen, um so den Zufluss von (staatlichen oder anderen) Mitteln sicherzustellen?

Die Arbeit des Volksbundes ist direkt abhängig von den ihm zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Die Förderer des Volksbundes und die deutsche Bundesregierung sind diejenigen, die entsprechende Ansprüche an ihn stellen könnten. Ein solcher Druck existiert nicht, sieht man von den selbstverständlichen, bekannten Erwartungen an die Arbeit

des Volksbundes ab. Anderen Einflüssen unterliegt der Volksbund nicht und hätte auch keinen Anlass, solchen nachzugeben.

Nur soweit Projekte aus Mitteln Dritter (etwa der Europäischen Union) finanziert bzw. mitfinanziert werden, sind entsprechende Ansprüche bei der Konzeption und Umsetzung der Projekte zu berücksichtigen. Diese müssen ungeachtet dessen satzungskonform sein und bleiben.

19 Soll der deutsche Volkstrauertag zu einem internationalen Friedensmahntag werden, wo aller Opfer vergangener und gegenwärtiger Kriege, Konflikte und Gewaltherrschaften gedacht und um sie getrauert wird? Wenn ja, ist das eine Entwicklung, die auch in den Nachbarländern und anderswo zu beobachten ist?

Am Volkstrauertag wird seit langer Zeit nicht nur der deutschen Toten gedacht, sondern auch der Toten anderer Nationen. Es wäre sicher zu begrüßen, dass dieser Tag zu einem internationalen Tag der Erinnerung und der Mahnung zum Frieden würde. Der Volksbund setzt sich dafür ein, dass sich die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur stärker in den europäischen Kontext einordnet, ohne ihre Wurzeln zu verlieren. Dies allerdings kann nur in einem internationalen Prozess behutsam entwickelt werden. Dazu entwickelt der Volksbund derzeit mit anderen Kriegsgräberorganisationen in Europa Ideen und Ansätze.

20 Was haben die Weltkriege und ihre Folgen mit den totalitären Diktaturen im 20. Jahrhundert zu tun?

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen waren die Basis für die Entstehung mehrerer totalitärer Diktaturen. Dadurch, dass die deutsche Heeresleitung Lenin und seinem Gefolge den Weg nach Petrograd bereitet hat, trug sie zur „Oktoberrevolution“ 1917 und der Entstehung der Sowjetunion bei. Die Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland hat einen Ursprung in den Versailler Verträgen, ohne die Hitler kaum seine Mehrheiten

gefunden hätte, die zu seiner Herrschaft führten. Der Hitler-Stalin-Pakt stand am Beginn des Zweiten Weltkrieges. Die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und der Herrschaftsanspruch der Sowjetunion führten zur Teilung Europas und Deutschlands, die erst 1989/1990 überwunden wurde. Die Folgen der beiden Weltkriege betrafen die ganze Welt und wirken bis heute nach.

21 Wer soll den Volksbund künftig unterstützen, wenn Angehörige und viele andere Menschen verprellt werden?

Es gab in der Tat Mitglieder und Spender, die ihre Unterstützung eingestellt haben, weil sie den ersten Entwurf des Leitbildes missverstanden oder ablehnten – insgesamt etwa 200. Viele andere Förderer begrüßten es hingegen ausdrücklich, dass sich der Volksbund ernsthaft auf den Weg macht, seine Zukunft zu sichern. Sie wissen sehr gut, dass viele Menschen aus der Kriegs- und Kriegskindergeneration bald nicht mehr als Mitglieder und Spender zur Verfügung stehen werden.

Zudem beteiligt sich auch die Bundesregierung an der Finanzierung der Aufgaben und hat in den letzten Jahren zurückgehende Einnahmen ausgeglichen. Der Volksbund wird zusätzlich weiterhin intensiv um die Unterstützung der Bevölkerung werben, dabei aber auch stärker als früher für Projekte der Gedenkkultur und der Bildungsarbeit. Auch dies trägt ihm hohe Anerkennung ein.

22 Was sagt der Volksbund zu Verbrechen, die von Anderen an Deutschen begangen wurden?

Jedes Verbrechen, egal von wem begangen, egal an wem begangen, ist verurteilungswürdig.

Der Volksbund wird jedoch nicht anderen Ländern die von deren Bürgern in deren Namen begangenen Verbrechen vorhalten oder versuchen, diese gegen Verbrechen der deutschen Seite aufzurechnen. Dies würde die Basis einer ehrlichen Versöhnung zerstören. Jedes Land muss sich selbst mit der eigenen Geschichte in allen ihren Facetten auseinandersetzen.

23 **Wie kann man von Soldaten der Bundeswehr warten, dass sie in Auslandseinsätzen kämpfen, wenn sie nicht gewiss sein können, dass ihr Handeln nicht später als kollektives und auch persönliches Verbrechen begriffen wird?**

Diese Anmutung ist absurd. Die Bundeswehr ist die Armee eines demokratischen Staates und führt keine Eroberungs- und Vernichtungskriege. Sie hat sich bewusst und ausdrücklich nicht in die Tradition der deutschen Wehrmacht gestellt. Die Einsätze im Ausland werden durch den Deutschen Bundestag beschlossen, sie finden gemeinsam mit den Streitkräften anderer demokratischer Staaten statt. Sie stehen unter dem wachsamen Blick der internationalen kritischen Öffentlichkeit.

Man kann dennoch nicht ganz ausschließen, dass spätere Generationen das Handeln von heute anders bewerten werden als die Menschen von heute. Dies bezöge sich allerdings vor allem auf das Handeln der internationalen Staatengemeinschaft oder von Bundesregierung und Bundestag.

Sollten einzelne Soldaten bei einem solchen Einsatz tatsächlich individuell schuldig werden, greift eine geordnete Gerichtsbarkeit.

Soldaten haben überdies die Möglichkeit, sich der Teilnahme an solchen Einsätzen zu verweigern, ohne dafür – anders als im Dritten Reich – mit schwersten Folgen für sich und ihre Familien rechnen zu müssen.

24 **Warum beschäftigt sich der Volksbund mit Fragen der Schuld und Verantwortung für deutsche Verbrechen, wenn Wissenschaft, Bildungseinrichtungen und wichtige gesellschaftliche Institutionen im In- und Ausland dies längst getan haben? Was ist an neuen Informationen zu erwarten?**

Mit zunehmendem Abstand von den Kriegen werden Fragen immer wieder neu gestellt, ein familiäres Vorwissen kann nicht mehr vorausgesetzt werden. Der Volksbund muss also die Vermittlung

von Wissen über unsere Kriegstoten sicherstellen. Allein schon die Arbeit auf den Kriegsgräberstätten mit jungen Menschen gebietet es, sich ihren Fragen zu stellen. Dies tut der Volksbund seit über 60 Jahren. Dabei geht es selbstverständlich nicht allein um Verbrechen. Es geht um die Schicksale der Menschen, um die Rahmenbedingungen, denen sie ausgesetzt waren, um ihre Handlungsoptionen und ihre tatsächlichen Handlungen. Die Arbeit an den Kriegsgräbern, an den Biographien der Einzelnen bringt eine individuelle Dimension in die Beschäftigung mit der Vergangenheit, die in Wissenschaft und Forschung vielfach nicht berücksichtigt wurde.

25 **Warum schafft man den toten Soldaten „würdige Ruhestätten“, wenn sie gleichzeitig als Mitwirkende an einem vom eigenen Land verschuldeten verbrecherischen Krieg verstanden werden?**

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein würdiges Grab. Die Rolle deutscher Soldaten als aktiv Handelnde in einem verbrecherischen Angriffskrieg wie dem Zweiten Weltkrieg kann diesen humanitären Grundsatz nicht in Frage stellen. Gerade für diese Position, die eine Grablegung auch für Angehörige der Waffen-SS immer einschloss, wurde der Volksbund in der Vergangenheit wiederholt angegriffen.

Der Volksbund sortiert nicht, der Volksbund richtet nicht, aber er klärt auf und trägt auf diese Weise dazu bei, dass der Wert des Friedens nicht in Vergessenheit gerät.

26 **Was ist die „Göttinger Erklärung“ des Volksbundes und in welcher Beziehung steht sie zum Leitbild?**

Der Bundesvertretertag des Volksbundes hat am 23. September 2016 die „Göttinger Erklärung“ gleichzeitig mit dem Leitbild verabschiedet und damit seinen Willen zur Gestaltung der Zukunft verdeutlicht. Der Text kann als eine Präzisierung und auch erklärende Ergänzung des allgemeiner gehaltenen Leitbildes verstanden werden.